

## IV. GLOBALE BRAINWARE

*Es ist wahr, dass viele Menschen nicht wissen, woher bestimmte Ideen kommen, aber das wichtigste ist, dass sie ihnen zustimmen.*<sup>79</sup>

Michael Joyce, ehemaliger Präsident der Bradley Foundation

Auch wenn heute immer mehr Information konsumiert wird, bleiben die dahinter liegenden Strukturen, ihre Entstehung und ihre Herkunft meist im Verborgenen. Dies erschwert Rückschlüsse auf die Intentionen, mit denen die jeweiligen Nachrichten verbunden sind. Dieses Kapitel versucht, einige der wichtigsten Strukturen und Einrichtungen, die hinter der Produktion von Inhalten, in der Fachsprache „Content“ genannt, stehen, vorzustellen. Es geht also nicht um die Hard- oder Software der Information, sondern um die „Brainware“, um die Denkprozesse, Argumentationslinien, Strategien, die der Content-Produktion eine bestimmte Richtung geben.

Content-Kanäle werden aus einer Vielzahl verschiedener Quellen gespeist, die sowohl in ihren inhaltlichen Interessen als auch ihren Absichten differieren. So zählt beispielsweise die universitäre Forschung, die einen relativ geschlossenen Kreis bildet, zu den wichtigen Content-Lieferanten. In den Händen von Public-Relations-Agenturen, professionellen Denkfabriken und Nachrichtendiensten entwickelt sich Information wiederum zur Ware. Strategien, um bestimmte Ziele zu erreichen, gleichen sich immer mehr an und beinhalten auch gezielte Täuschung und Desinformation ebenso wie Wirtschaftsspionage, nachrichtendienstähnliche Aktivitäten durch PR-Unternehmen und Themensetzungen durch einzelne Individuen und Organisationen. Information wird dabei zum neuen Machtfaktor einer wissensbasierten Gesellschaft und bewusst eingesetzt, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen und zu gestalten. Im Gegensatz dazu bilden sich im nichtstaatlichen und nichtkommerziellen Bereich vermehrt Strukturen heraus, die die Grundlagen für eine unabhängige kulturelle Produktion und eine kritische Medienrezeption zu schaffen trachten.

### 4.1 Think Tanks

Think Tanks stehen üblicherweise kaum im Blickpunkt der Öffentlichkeit, im Hintergrund jedoch agieren sie umso aktiver. Dies trifft besonders auf die USA zu, wo seit den achtziger Jahren vor allem rechtsgerichtete und konservative Think Tanks eine bedeutende Rolle in der Politikgestaltung spielen. Aufgrund der Dominanz amerikanischer Unternehmen im Content-Bereich ist die Tätigkeit dieser als „Zulieferer“ agierenden Einrichtungen jedoch global relevant und wird in den folgenden Abschnitten genauer untersucht. Als Organisationen, die sich mit politischen Themen befassen, tre-

<sup>79</sup> <http://exile.ru/118/finkttanks.php>

# Think Tanks

ten sie zumeist als „unabhängige“ (Forschungs-)Einrichtungen auf. Sie unterscheiden sich aber von der reinen Wissenschaft insofern, als ihre Studien ganz bestimmten, zuvor spezifizierten Zwecken dienen. Während manche dieser Einrichtungen, auch Public-Policy-Institutionen (PPIs) genannt, Universitäten angegliedert sind, sind es in vielen Fällen auch Regierungen, die derartige Einrichtungen betreiben. Innerhalb der Kategorie der privaten Denkfabriken treten jene am häufigsten in Erscheinung, die an bestimmten Weltanschauungen oder Ideologien orientiert sind. Diese haben das Ziel, die öffentliche Meinung und Regierungspolitik in Bezug auf eine Vielzahl von Themen in ihre Richtung zu beeinflussen und den von ihnen vertretenen Werten zum Durchbruch zu verhelfen.

Die Forschungsarbeit dieser Art von Institutionen ist oft von fragwürdiger wissenschaftlicher Qualität, die damit verknüpften Handlungsempfehlungen sind dafür um so eindeutiger. Think Tanks benutzen raffinierte Verbreitungsstrategien, um ihrer Botschaft Gehör zu verschaffen – Strategien, die aufgrund ihrer Verflechtung mit den Medien durchaus problematischer Natur sind. Zudem wirken sich in vielen Fällen die Interessen von Geldgebern aus der Wirtschaft auf Untersuchungsergebnisse und deren Kommunikation an die Öffentlichkeit, Meinungsbildner und politische Entscheidungsträger aus.

## Verbreitungsstrategien

Um mit ihrer Politik der Beeinflussung Erfolg zu haben, sind PPIs wesentlich auf die gelungene Darstellung ihrer Botschaften angewiesen. Dazu greifen sie auf ein breites Repertoire von Vermittlungsstrategien zurück, die sich an genau definierte Zielgruppen richten: Mitglieder von Regierungsinstitutionen, politische Entscheidungsträger, Geschäftsleute, Journalisten, Universitätsangehörige, politische Parteien – alle, die im Prozess der öffentlichen Meinungsbildung eine wichtige Rolle spielen.

## Publikationen

Um ihre Ergebnisse zu verbreiten, publizieren professionelle Public-Policy-Organisationen unter anderem Newsletters, Magazine, Bücher, Studien und Ähnliches. Seit einigen Jahren aber verlässt man sich nicht mehr nur auf aufwendig gestaltete Publikationen, sondern ist dazu übergegangen, auch digitale Medien zu nutzen. Wesentliche Informationen, wie zum Beispiel Herkunft der finanziellen Mittel, werden auf Websites jedoch zumeist verschwiegen, was die Einordnung in einen politischen Hintergrund erschwert.

## Bildungsangebote

Bildungsprogramme von PPIs sind meistens auf in universitärer Ausbildung stehende zugeschnitten. Durch die Einbindung in bestimmte Projekte wird versucht, Studentinnen und Studenten frühzeitig mit dem jeweils vertretenen Gedankengut vertraut zu machen. Vor allem konservative Organisationen haben in den vergangenen Jahrzehn-

ten intensiv in die Meinungsbildner der Zukunft investiert. „Mitte der achtziger Jahre haben sich die rechten Organisationen entschieden, in die Jugend zu investieren und einen alternativen Presseapparat auf den Campus der Unis aufzubauen“, erklärt dazu Jeremy Smith, Mitglied des University Conversion Project, einer in Cambridge (Massachusetts) ansässigen Gruppe, welche die Aktivitäten von Think Tanks an US-Universitäten beobachtet.<sup>80</sup>

## Medien

Medien sind schon seit längerem die wichtigsten Elemente im Prozess der öffentlichen Meinungsbildung. Vor allem mit der teilweisen Substitution von face-to-face-Kommunikation durch Medienkonsum und den Übergang in eine informatisierte Gesellschaft hat sich der Einfluss von Medien noch vergrößert. Dabei liegt die besondere Macht der Medien in ihrer Fähigkeit, die politische Agenda maßgeblich mitzugestalten. Sie entscheiden, welche Themen behandelt werden und wer Sendezeit bekommt. Politiker und Lobbyisten versuchen zwar, ihre Themen in die Medien zu bringen, in Bezug auf die Selektion der Inhalte bleiben Chefredakteure und Produzenten die Letztverantwortlichen.

Deshalb ist für PPIs auch die Präsenz in den Medien das entscheidende Element, wenn es um die Verbreitung ihrer Werte geht. Um ihre Themen zu lancieren, versorgen sie die Printmedien jedes Jahr mit Hunderten von Artikeln; Vertreter der Public-Policy-Institutionen erscheinen regelmäßig in TV und Radio als politische Berater oder Experten.

### Medienpräsenz US-amerikanischer Think Tanks

Think Tank/ politische Ausrichtung	Nennung in den Medien 1995	Nennung in den Medien 1996	Nennung in den Medien 1997	Nennung in den Medien 1998	Nennung in den Medien 1999
US konservativ/ Rechts	7792 (51 %)	7706 (54 %)	7733 (53 %)	9443 (53 %)	8964 (51 %)
US gemäßigt	6361 (42 %)	4392 (30 %)	4623 (32 %)	6403 (36 %)	6141 (35 %)
US progressiv/ links	1152 (7 %)	2177 (15 %)	2267 (16 %)	2029 (11 %)	2344 (13 %)
<b>Total</b>	<b>15305</b>	<b>14212</b>	<b>14623</b>	<b>17875</b>	<b>17449</b>

Table 11

Michael Dolny in: FAIR

80 Joel Bleifuss: The Right: Building Plans, <http://web.mit.edu/thistle/www/v9/9.09/7rightwing.html>

# Think Tanks

Obwohl Bedenken hinsichtlich der Qualität der Forschungsergebnisse von PPIs existieren, werden ihre Vertreter in den Medien oft als unabhängige Wissenschaftler dargestellt. Besonders durch das Verschweigen von Informationen in Bezug auf die Quellen ihrer finanziellen Mittel und ihre Kontakte zur Wirtschaft wird die Tatsache verborgen, dass sie weder wertneutral noch ideologiefrei sind. „Wenn ein Vertreter eines Think Tank als Experte zu einem Thema eingeladen wird, kann die mediale Glaubwürdigkeit dieser Person durch das ihr anhaftende ideologische Etikett gemessen werden. Wenn Medien Vertreter von Think Tanks nicht politisch identifizieren und auch ihre finanzielle Basis nicht offen legen, enthalten sie ihrem Publikum einen wichtigen Kontext für die Evaluierung der dargebotenen Meinungen vor und suggerieren, dass ‚Experten‘ von Think Tanks neutrale Quellen ohne ideologische Prädisposition sind“ (Michael Dolny)<sup>81</sup>.

## Faktengenerierung

***Diese Institutionen, die bestens mit finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet sind, um ihre politischen Ideen zu vermarkten, haben den Rahmen der politischen Debatten in den USA neu definiert, Schlüsselkonzepte umgedeutet, die öffentliche Meinung geformt und eine Gesetzesreform vorangetrieben.***<sup>82</sup>

Sally Covington, National Committee for Responsive Philanthropy

Vor allem konservative PPIs, die von Regierungen, Stiftungen, der Wirtschaft und Privatpersonen oft großzügig finanziell unterstützt werden, verfügen über ausreichende Ressourcen, um systematisch die öffentliche Meinung und die Diskussion um gesamtgesellschaftlich relevante Themen zu beeinflussen oder Themen auf die Tagesordnung zu setzen: mediales *Agenda Setting*. Auch wenn die Bemühungen, auf diese Weise Wirklichkeiten zu schaffen, nicht immer zum Erfolg führen, so gelingt es in vielen Fällen doch, politische Entscheidungen in die gewünschte Richtung zu lenken. Anhand von Beispielen lässt sich dies illustrieren.

## Beispiel: Kampf gegen Umweltschutzmaßnahmen

Professionelle Denkfabriken spielen eine wichtige, wenn auch selten thematisierte Rolle im Kampf der Großunternehmen gegen Umweltschutzmaßnahmen. Mit Hilfe zahlreicher bezahlter „Experten“, die wissenschaftliche Untersuchungen bestehender oder drohender Umwelterstörung in Abrede stellen, nehmen die PPIs mittlerweile eine Schlüsselposition in der Diskussion von Gesetzesentwürfen im Umweltbereich ein und versorgen ihre Kontaktleute in Regierungen und Parlamenten mit entsprechenden

<sup>81</sup> [www.fair.org/extra/9805/think-tanks.html](http://www.fair.org/extra/9805/think-tanks.html)

<sup>82</sup> Sally Covington: How Conservative Philanthropies and Think Tanks Transform US Policy: in Covert Action Quarterly, Winter 1998, [www.thirdworldtraveler.com/Democracy/ConservThinkTanks.html](http://www.thirdworldtraveler.com/Democracy/ConservThinkTanks.html)

Zahlen und Argumenten. So haben konservative Think Tanks argumentiert, es gäbe keine anthropogene globale Erwärmung der Erdatmosphäre, und jede mögliche Erwärmung in der Zukunft werde von geringem Ausmaß sein und günstige Auswirkungen haben. Brian Tucker vom australischen Institute of Public Affairs meint, „trotz Ängsten in der australischen medizinischen Gesellschaft und Übertreibungen von Greenpeace gibt es kaum Beweise, die zeigen, dass der Klimawandel schädlich ist.“ Gleichmaßen wurde von konservativen PPIs der wissenschaftliche Konsens in Bezug auf eine Anzahl anderer Umweltprobleme wie etwa die Bedrohung der Artenvielfalt, saurer Regen und Ozonzerstörung in Frage gestellt.

Der rechte Flügel derartiger Organisationen hat sich immer wieder Regierungsinitiativen für mehr und wirksameren Umweltschutz entgegengestellt und den Vorzug des „freien“ Marktes gepriesen. Argumentiert wird, dass wenig Anreiz besteht, Umweltressourcen zu schützen, die sich nicht in Privatbesitz befinden. Als Lösung wird demnach die Schaffung von Eigentumsrechten über freie Umweltressourcen vorgeschlagen. Obwohl Wirtschaftswissenschaftler schon seit längerem ökonomische Instrumente für umweltgesetzliche Regelungen befürworten, ist ihre heutige Popularität zu einem hohen Grad das Werk von PPIs, die diese Ideen effizient vermarktet und verbreitet haben. Zahlreiche führende Forscher in diesem Arbeitsgebiet gehören direkt Think Tanks an.<sup>83</sup>

### **Beispiel: Angriff auf Sozialprogramme**

Eine der heftigsten von konservativen US-amerikanischen Think Tanks durchgeführten Attacken bezog sich auf Programme zur Bekämpfung der Armut. In den achtziger Jahren finanzierte das Manhattan Institute zwei Publikationen, die auf die Abschaffung der Armutsbekämpfungsmaßnahmen der Regierung drängten. Die Studie „Wealth and Poverty“ kam zu dem Schluss, dass Armut das Resultat persönlicher Verantwortungslosigkeit sei, während die Studie „Losing Ground. American Social Policy, 1950 – 1980“ folgerte, dass Maßnahmen gegen die Armut die Motivation zum Heiraten reduzierten, Arbeiter davor abschreckten, schlecht bezahlte Jobs anzunehmen, und ungewollte Schwangerschaften bei einkommensschwachen Frauen förderten.

Diesen beiden Studien folgte eine Reihe weiterer Publikationen, die in ähnliche Richtung argumentierten. Darüber hinaus machte Robert Rectors von der einflussreichen konservativen Heritage Foundation in einem Hearing vor dem Kongress 1994 die Aussage, dass trotz der steigenden Ausgaben die Zahl der Bedürftigen praktisch unverändert geblieben sei, was insofern unrichtig war, als er bei den „Bedürftigen“ respektive

---

83 Beder, Sharon: Examining the Role of Think Tanks, <http://www.uow.edu.au/arts/sts/sbeder/columns/engcol19.html>

# Think Tanks

„Geförderten“ auch eine Vielzahl von Angehörigen der Mittelklasse einbezog, die von entsprechenden Programmen unterstützt worden waren. Insgesamt wurde mehr als ein Jahrzehnt lang derartige Rhetorik verbreitet, die 1996 in eine Reform der Sozialhilfeprogramme mündete. Dies führte nicht nur zu einer Reduktion des Budgets für Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut, sondern beseitigte auch das einzige Programm, das Geldleistungen für bedürftige Mütter und deren Kinder vorsah.<sup>84</sup>

## Finanzierungsquellen

Was die Aufbringung finanzieller Mittel angeht, zeigen Denkfabriken unterschiedliche Muster. Bei konservativen PPIs spielen Zuwendungen von Stiftungen, aber auch von konservativen Regierungen und Parteien eine große Rolle. Die wahrscheinlich wichtigste finanzielle Quelle sind jedoch Unternehmen und private Sponsoren. So wurden von den 158 Millionen Dollar, die 1996 von den Top 20 der konservativen Think Tanks in den USA ausgegeben wurden, mehr als die Hälfte von Firmen und Geschäftsleuten beigesteuert. Geht man davon aus, dass PPIs seit 1992 ihre Budgets mehr als verdoppelt haben, so ist es wahrscheinlich, dass in den Jahren 1999/2000 allein in den USA ungefähr 500 Millionen Dollar an Sponsorengeldern von der Wirtschaft in konservative PPIs flossen.<sup>85</sup> Liberale Institutionen verfügen im Allgemeinen über eine viel schwächere finanzielle Basis (siehe unten).

Die Unterstützung von rechten Organisationen durch Firmen hat ihre Wurzeln in den 1970er Jahren, als führende konservative Denker Unternehmen dazu aufriefen, intellektuelle, die ihnen Argumente zur Durchsetzung ihrer Unternehmensinteressen lieferten, zu unterstützen. 1978 argumentierte Irving Kristol in seinem Buch „Two Cheers for Capitalism“, dass Firmen „philanthropische Beiträge an Forscher und Institutionen leisten sollten, die die Bewahrung eines starken privaten Sektors befürworten würden.“ Zur gleichen Zeit begannen Think-Tank-Manager wie Ed Feulner von der Heritage Foundation oder Edward Crane vom CATO Institute Verbündete in der Wirtschaft zu suchen. Heute machen in den meisten konservativen PPIs Unternehmer den überwiegenden Teil der Vorstandsmitglieder aus.

## Privatwirtschaftlich unterstützte PPIs: Beispiele

Obleich es vor allem konservative Organisationen sind, die finanzielle Mittel aus der Privatwirtschaft akquirieren, unterscheidet sich das jeweilige Ausmaß der Zuwendungen von Firmen beträchtlich. Während manche Institutionen nur gelegentlich kleinere Beträge erhalten, sind die Brookings Institution, das Cato Institute und das Manhattan Institute die Hauptnutznießer unternehmerischer Förderpraxis.

<sup>84</sup> Covington, cit.

<sup>85</sup> vgl. \$1 Billion for Ideas: Conservative Think Tanks in the 1990s, [www.ncpr.org/psr/pressreleases/thinktanks.htm](http://www.ncpr.org/psr/pressreleases/thinktanks.htm)

### *Brookings Institution*

Die Wurzeln der in Washington DC ansässigen Brookings Institution gehen auf das 1916 gegründete Institute for Government Research – die erste private Organisation in den USA, die sich nationaler Politikforschung widmete – zurück. Durch den Zusammenschluss mit zwei weiteren Institutionen entstand 1927 die nach dem Geschäftsmann Robert Somers Brookings benannte Brookings Institution.

Nach dem Zweiten Weltkrieg förderte sie die republikanische Unterstützung für den Marshallplan, den das Institut mitentwickelt hatte. Ab 1960 baute es dann enge Verbindungen zum Establishment-Flügel der Demokratischen Partei auf und unterstützte die Keynesianische Wirtschaftspolitik. Zeitweise war der Einfluss der Brookings Institution auf die Arbeit der Bundesregierung substanziell. In den 1960ern zeigte sich die Organisation maßgeblich für die Erstellung des Budgets verantwortlich und drängte in den 1970ern auf die Einrichtung eines Budgetausschusses des Kongresses, dem dann auch ein ehemaliger führender Mitarbeiter der Brookings Institution, Alice Rivlin, als erster Leiter vorangestellt wurde.

Das Vermögen der Institution belief sich im Jahr 2000 auf ca. 266 Millionen Dollar. Die Einnahmen kamen von Unternehmen und privaten Spendern (38 %), Schenkungen (30 %), Konferenzen und Seminaren (18 %), Verkauf von Publikationen (9 %) und aus Unterstützung durch die öffentliche Hand (2 %).

Zu den insgesamt beinahe 140 Geldgebern aus der Wirtschaft gehören unter anderem Bell Atlantic, Citibank, J. P. Morgan, Goldman Sachs, NationsBank, Exxon, Chevron, Microsoft, Hewlett Packard, Toyota, Pfizer, Johnson & Johnson, Dupont, Mobil und Lockheed Martin, sowie die Stiftungen von Firmen wie American Express, Travelers, AT&T und McDonnell Douglas. Auch Medienkonglomerate wie AOL/Time Warner und die Washington Post gehören zu den Unterstützern der Institution.

### *Cato Institute*

Der Name des 1977 gegründeten Instituts steht für die Cato's Letters, liberalistische Pamphlete, die im frühen 18. Jahrhundert in den amerikanischen Kolonien gelesen wurden und die starken Einfluss auf die weltanschauliche Grundlage der amerikanischen Revolution hatten. In den letzten Jahren hat sich das in Washington DC ansässige Cato Institute zu einer der in den US-Medien meistgenannten und meistzitierten Public-Policy-Organisationen als auch zu einer Schlüsselressource für führende republikanische Politiker entwickelt. Zu seinen prominentesten Vorstandsmitgliedern zählen heute John C. Malone, Präsident und CEO (Chief Executive Officer) von Tele-Communications Inc. (TCI), dem größten Kabelanbieter der USA, und der australische Medienunternehmer Rupert Murdoch.

1999 verfügte das Cato Institute über ein Budget von 11 Millionen Dollar, das aus Spenden von Privatpersonen, Unternehmen und dem Verkauf von Publikationen finanziert wurde. Zu seinen finanziellen Unterstützern gehören Tabakkonzerne wie Philip Morris und R. J. Reynolds und Finanzunternehmen wie American Express, Chase Manhattan Bank,

# Think Tanks

Chemical Bank, Citicorp/Citibank, Commonwealth Fund, Prudential Securities und Salomon Brothers. Auch Unternehmen aus der Energiebranche wie etwa Chevron, Exxon, Shell Oil und Tenneco Gas sowie das American Petroleum Institute, Amoco Foundation und Atlantic Richfield Foundation unterstützen das Cato Institute. Aus der Pharmabranche sind Eli Lilly & Company, Merck & Company und Pfizer vertreten, und auch Stiftungen wie Koch, Lambe und Sarah Scaife sowie Firmen aus dem Telekommunikationssektor (wie u. a. Bell Atlantic Network Services, BellSouth Corporation, Microsoft, NYNEX, Sun Microsystems und Viacom) gehören zu den Geldgebern des Instituts.

## *Manhattan Institute*

Das Manhattan Institute wurde 1978 von William Casey, der später Direktor der CIA unter Präsident Reagan wurde, gegründet. Das Institut, das maßgeblich von großen konservativen Stiftungen unterstützt wird (über 9 Millionen Dollar von 1985–2000), bietet immer wieder Autoren, die sich gegen Sozialprogramme und Förderungsmaßnahmen für Minderheiten aussprechen, eine Plattform und ein Publikum.

Seine finanziellen Mittel stammen unter anderem von Unternehmen wie Chase Manhattan Bank, Citicorp, AOL/Time Warner, Procter & Gamble und State Farm Insurance sowie von der Lilly-Stiftung und philanthropischen Organisationen von American Express, Bristol-Myers Squibb, CIGNA und Merrill Lynch (Hussein 1998; Norman 1998; Levine 1998).

## **Bezahlte Politik**

***Es ist naiv zu glauben, dass konservative Think Tanks ihren Sponsoren und Vorstandsmitgliedern aus der Wirtschaft nicht in höchstem Maße verpflichtet sind. Das ist die Art, wie die Macht des Geldes funktioniert. Ebenso wie Politiker die Forderungen ihrer wichtigsten Spender nicht ignorieren können, wenn sie überleben wollen, können auch Institutionen ihre Gönner nicht ignorieren.***<sup>86</sup>

David Callahan, Autor und Journalist

Versuche, Politiker zu beeinflussen, sind kein neues Phänomen, sie sind nur über die Jahre immer intensiver geworden. Von den unterschiedlichen Arten der Einflussnahme durch privates Geld ist die direkte finanzielle Zuwendung an Kandidaten und Parteien in Wahlkampfzeiten am bekanntesten und besonders in den USA sehr verbreitet. Derartige Zahlungen sind natürlich von dem Bestreben von Unternehmern und Organisationen motiviert, die Politik in ihrem Sinne zu beeinflussen. Ein weiterer großer Geldfluss führt von der Wirtschaft zu den großen Lobbying-Apparaten, zu denen in den USA zum Beispiel die berüchtigte Waffenlobby National Rifle Association zählt. Eine

<sup>86</sup> The Think Tank As Flack: How Microsoft and other corporations use conservative policy groups: in The Washington Monthly (November 1999), [www.washingtonmonthly.com/features/1999/9911.callahan.think.html](http://www.washingtonmonthly.com/features/1999/9911.callahan.think.html)

weitere Art der Politikgestaltung mit Geld ist weniger bekannt, aber beinahe gleich wichtig wie die beiden anderen: jene Summen nämlich, die in ein riesiges Netzwerk von Think Tanks fließen, um Meinungen frühzeitig zu manipulieren (also das „thought leadership“ zu erreichen) und Gesetzesvorhaben schon in ihrer Entstehungsphase in die gewünschte Richtung zu lenken.

Die meisten PPIs beschreiben sich als unabhängige (Forschungs-) Institute und stellen demgemäß auch jeden möglichen Einfluss auf ihre Arbeit durch ihre Geldgeber in Abrede. Obwohl einige der professionellen Ideenfabriken tatsächlich wissenschaftliche Studien erstellen, sind wiederum andere offensichtlich Handlanger der Industrie. So ist zum Beispiel der größte Unterstützer der Cato-Studie zur Privatisierung der Sozialversicherung die US-amerikanische Versicherungsgesellschaft AIG, die private Pensionsysteme im Ausland betreut und die von der von Cato empfohlenen Option wesentlich profitieren würde. In diesem Fall finanziert Geld aus der Wirtschaft ideologisch motivierte Forschung, deren Ziel die Beeinflussung politischer Entscheidungsprozesse ist. „Unternehmen haben entdeckt, dass die Finanzierung von Forschung, Publikationen und Medienkampagnen in Bezug auf politische Themen als Zusatz zu traditionellem wirtschaftlichen Lobbying und politischen Spenden dienen kann“<sup>87</sup>, sagt Allen Smith, Autor eines Buches über Think Tanks (Smith 1991).

### **Der Fall Microsoft**

Kurz nachdem Microsoft im Oktober 1997 mit einem Verfahren wegen eines möglichen Verstoßes gegen das Kartellrecht konfrontiert worden war, erschienen ganzseitige Zeitungsinserate, die Microsofts Unschuldsbehauptung unterstützten und vom Independent Institute veröffentlicht worden waren. Die Anzeigen hatten die Form eines Briefes, der von 240 akademischen Experten unterzeichnet worden war und der eine wissenschaftlich unbefangene Sicht der Dinge – nämlich dass die Regierung in diesem Fall übertrieben gehandelt hätte – vorgab. Gemäß einem Artikel der New York Times hatte Microsoft zwar nicht für die Anzeigen gezahlt, war jedoch de facto der größte finanzielle Unterstützer des Independent Institute (Callahan 1999).

### **Konservative vs. liberale Public-Policy-Institutionen**

Die politische Orientierung von PPIs umspannt das gesamte Spektrum in diesem Bereich und reicht von konservativen über gemäßigte bis hin zu liberalen Institutionen. Erhebliche Unterschiede zwischen dem rechten und linken Flügel sind insbesondere hinsichtlich ihrer finanziellen Quellen und Ressourcen als auch ihrer Beziehungen zu den Medien festzustellen. Diese Faktoren haben im Gegenzug wiederum nicht unerhebliche Auswirkungen auf ihre Wahrnehmung in der Öffentlichkeit und ihren Einfluss auf der politischen Bühne.

---

<sup>87</sup> zitiert in Morgan (2000)

# Think Tanks

## Mittelaufbringung

In krassem Gegensatz zu konservativen Organisationen, die reichlich finanzielle und institutionelle Unterstützung von Stiftungen, Unternehmen und Privatpersonen erhalten, müssen liberale Institutionen oft heftig um Spenden und Beiträge kämpfen. Geld für konservative PPIs kommt aus einer Vielzahl von Quellen, die größte und verlässlichste bleiben jedoch Stiftungen, die jedes Jahr viele Millionen in nationale und regionale Denkfabriken, Zeitungen, Magazine, studentische Publikationen, Fernseh- und Radioprogramme investieren. Zwar erhalten auch liberale Organisationen Zuschüsse von Stiftungen die mit ihrer Arbeit sympathisieren, doch diese unterscheiden sich vom konservativen Geldfluss durch geringere Höhe und strengere Projektbindung.<sup>88</sup>

Wenige liberale PPIs schaffen es gerade noch, kleine oder mittelgroße Beträge aufzutreiben, wohingegen auf konservativer Seite Zuschüsse, die eine Million Dollar übersteigen, durchaus üblich sind.

## Medienbeziehungen

Konservative und liberale PPIs unterscheiden sich auch in Bezug auf ihre Erscheinung in und ihren Beziehungen zu den Medien. So entfielen 1999 von den Gesamtnennungen von Think Tanks in den US-Medien 51 Prozent auf konservative Institutionen, 13 Prozent auf liberale Gruppen und 35 Prozent auf gemäßigte Organisationen.<sup>89</sup> Dieses Ungleichgewicht ist vor allem darauf zurückzuführen, dass während der 1980er und 1990er Jahre konservative Stiftungen strategisch in politische Infrastruktur investierten. Heute findet insbesondere in den USA ein reger Austausch von „konservativer“ Information in traditionellen, aber auch alternativen Medien statt. Generell gibt es eine wichtige, dynamische Beziehung zwischen alternativ-konservativen und kommerziellen Medien. Viele der Konzepte und Argumente, die darauf zielen, liberale Ideen zu marginalisieren und die später in den Massenmedien auftauchen, werden zuerst in Organisationen entwickelt, die sich der Unterstützung konservativer Stiftungen und Unternehmen erfreuen, und sie werden in deren Publikationen getestet, bevor sie an die breite Öffentlichkeit weitergeleitet werden.

Auf der anderen Seite gibt es keine vergleichbare liberale Infrastruktur, weil sich unter anderem das Verhältnis der finanziellen Ressourcen konservativer zu liberalen Publikationen auf 9:1 beläuft. Auch müssen Geldmittel für liberale Magazine meistens projektbezogen verwendet werden, während diese konservativen Medien in den meisten Fällen für allgemeine Zwecke zur Verfügung stehen und oft mehr als 50 Prozent der

88 vgl. \$1 Billion for Ideas: Conservative Think Tanks in the 1990s, [www.ncrp.org/psr/pressreleases/thinktanks.htm](http://www.ncrp.org/psr/pressreleases/thinktanks.htm)

89 Dolny, Michael: Think Tanks. The Rich Get Richer, <http://www.fair.org/extra/0005/think-tanks-survey.html>

Gesamtausgaben decken. Konservative Stiftungen stellen ähnlich ausgerichteten Medien jedes Jahr Millionen zur Verfügung und nehmen dadurch einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Gestaltung öffentlicher Meinung. Lawrence Soley-Colnik, Professor of Communication und Professor of Journalism an der Marquette University in Milwaukee, kommt zu dem Schluss: „Obwohl den Medien Informationen über die Seichtigkeit der Forschung (konservativer) Think Tanks zur Verfügung stehen, scheinen Reporter diese Tatsache zu ignorieren und der leichten Akquisition von zitierbarem Material den Vorzug zu geben. Statt Vertretern von Think Tanks harte Fragen zu ihrer Finanzierung und ihren Lobbying-Aktivitäten zu stellen, wenden sich Reporter an sie, um ideologisch gefärbte Meinungen zu nationalen und internationalen Angelegenheiten zu bekommen. So werden Nachrichten gemacht.“<sup>90</sup>

## 4.2 Meinungsmanager

Die Generierung von Information, die in ihrer Folge gesamtgesellschaftlich relevante Entwicklungen beeinflusst, findet jedoch nicht nur auf institutioneller Ebene statt – zum Beispiel in Think Tanks oder PR-Agenturen –, sondern erfolgt zum Teil auch durch einzelne Personen. Diese gestalten immer wieder maßgeblich Entwicklungen in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik. So werden beispielsweise die Publikationen von Zukunftsforschern sowohl von Regierungsvertretern, hohen Beamten und Unternehmensvorständen als auch von der breiten Öffentlichkeit rezipiert. Vertreter in der Sparte der Zukunftsforscher sind zum Beispiel Alvin und Heidi Toffler, die im Rahmen ihres Berufslebens nicht nur mit prominenten Politikern wie Michael Gorbatschow und Zhao Ziyang, dem ehemaligen Führer der kommunistischen Partei Chinas, zusammengetroffen sind, sondern von dem erzkonservativen Newt Gingrich genauso zitiert werden wie vom Medienmogul Ted Turner und verschiedenen Militär- und Managementstrategen. Aber auch die Analysen von Herman Kahn, der sich vorrangig mit der Zukunft von Technologie und Gesellschaft beschäftigte und die Public-Policy-Institution Hudson Institute begründete, wurden in Entscheidungsprozessen von Behörden, Forschungsinstitutionen, Unternehmen und führenden Politikern berücksichtigt. Mit ihren Voraussagen, die von der Ankündigung des Siegeszugs des Computers und des Erfolgs des Kabelfernsehens bis hin zu Trends wie Outsourcing und Franchising reichen, sowie den zumeist daran anschließenden Handlungsempfehlungen haben Futurologen wirtschaftliche wie politische Entscheidungen und Aktivitäten zwar im Hintergrund, aber dennoch wesentlich mitgetragen.

Ähnlich relevante Auswirkungen auf die Gestaltung von Politik im weiteren Sinne haben auch immer wieder die Aktivitäten von Personen aus völlig anderen Fachrich-

---

90 zit. nach Berlet, Chip: Secular Conservatives & Media Framing, [www.publiceye.org/media/ritchain.html](http://www.publiceye.org/media/ritchain.html)

# Meinungsmanager

tungen gehabt. Noch heute verwendete PR-Strategien und -Taktiken sind beispielsweise zu einem großen Teil das Ergebnis der Arbeit Edward L. Bernays'. Der oft als „Vater der Public Relation“ und „weitsichtiger Architekt“ moderner Propagandatechniken beschriebene Bernays vereinte als erster Theorien der Massenpsychologie mit Systemen der wirtschaftlichen und politischen Überredungskunst und legte somit den Grundstein der modernen PR. Bekannt wurde der 1891 in Wien geborene Neffe Sigmund Freuds durch die Verbindung von Verkaufskampagnen mit gesellschaftlichen Themen – er ließ zum Beispiel Frauenrechtlerinnen in New York Zigaretten der Marke Lucky Strike als symbolische „Fackeln der Freiheit“ in die Höhe halten – und seine Begabung, Events zu inszenieren, um damit die Meinung und Einstellungen der „Masse“ zu beeinflussen und zu lenken. Gleichmaßen einflussreich, jedoch auf einem gänzlich anderen Gebiet, war die Arbeit des US-Amerikaners Milton Friedman. Als einer der führenden konservativen Wirtschaftswissenschaftler der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts begründete er den Monetarismus, eine Wirtschaftstheorie, die in den frühen 1970er Jahren breitere Anerkennung fand. Praktiziert wurde der von Friedman vertretene Monetarismus vor allem in den englischsprachigen Volkswirtschaften, insbesondere von den Regierungen Margaret Thatchers und Ronald Reagans. Das Ideal der Vollbeschäftigung wurde charakteristischerweise zugunsten expansiver Geldpolitik bei Unterbeschäftigung aufgegeben. In den 1980ern erlitt der Monetarismus jedoch einen Rückschlag; heute findet er sowohl in der Wissenschaft als auch in der geldpolitischen Praxis kaum mehr Erwähnung.

Der erste, der an der Entwicklung hypermedialer Informationssysteme arbeitete, war der für das Zusammenwachsen von Wissenschaft und Militär in den Vereinigten Staaten verantwortliche Vannevar Bush. Er war nicht nur in die Entwicklung moderner (analoger) Computer involviert, sondern überzeugte als Direktor des Office of Scientific Research and Development beinahe im Alleingang die Regierung, dass technische Innovation der wichtigste Faktor in Angelegenheiten der nationalen Sicherheit sei. In seine Wirkungsperiode fallen unter anderem die Erfindung des Radars, der Näherungszünder, biologische Waffen, amphibische Fahrzeuge und die Atombombe. Bush zeichnete sich aber auch für die grundlegende Idee von Hypermedia verantwortlich. In seinem bahnbrechenden Artikel „As We May Think“ (1945)<sup>91</sup> rief er zur Entwicklung einer Maschine auf, die helfen sollte, die schon damals riesige Informationsflut zu bewältigen. „Eine Memex“, erklärte er, „ist ein Gerät, in dem eine Person ihre Bücher, Schallplatten und Nachrichten speichern kann und die mechanisch arbeitet, sodass sie mit großer Geschwindigkeit und Flexibilität genutzt werden kann. Sie stellt eine erweiterte und persönliche Ergänzung des Gedächtnisses dar.“

91 [www.theatlantic.com/unbound/flashbks/computer/bushf.htm](http://www.theatlantic.com/unbound/flashbks/computer/bushf.htm)



Vannevar Bush (1890–1974)  
© MIT Museum

In der Formulierung der Geopolitik der Nachkriegszeit hatte Henry A. Kissinger eine signifikante Funktion. Kissinger wurde zuerst als Leiter des National Security Council unter Nixon zu dessen Berater für Angelegenheiten der nationalen Sicherheit und avancierte 1973 zum Außenminister. Vor allem in den 1960er und 1970er Jahren spielte er eine tragende Rolle in der Formulierung der US-Außenpolitik und war somit ein maßgeblicher Gestalter der damaligen Weltpolitik. Mit Richard Nixon kam es ab 1969 zu einem Wechsel in der US-Außenpolitik, und gemeinsam mit Kissinger entwickelte er ein Konzept einer Entspannungspolitik, die auf dem Gleichgewicht der drei wichtigsten Weltmächte USA, UdSSR und Volksrepublik China beruhte. Wie mittlerweile ausreichend bekannt ist, schreckte Kissinger bei seinen geostrategischen Plänen auch nicht vor Gewalt zurück: er war maßgeblich an der Planung des US-Bombardements von Kambodscha beteiligt und unterstützte autoritäre Machthaber wie den Schah im Iran und Augusto Pinochet in Chile. Der gewaltsame Sturz des chilenischen Präsidenten Salvador Allende, der zur Machtergreifung Pinochets führte, erfolgte unter der Oberaufsicht Kissingers. In den letzten Jahren gab es vielfach Anstrengungen, Kissinger wegen seiner Verstrickungen gerichtlich zu belangen. In einem Interview hat der Friedensforscher Johan Galtung ihn wegen seiner Rolle beim Sturz Allendes gar mit dem berühmtesten Terroristen der Welt verglichen: „Kissinger ist der Bin Laden Chiles“<sup>92</sup>.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Beeinflussung öffentlicher Meinung und politischer Entscheidungsprozesse auf einer Vielzahl von Ebenen geschieht. Neben tatsächlich wissenschaftlichen Institutionen gibt es eine Fülle von Organisationen, deren „Untersuchungen“ vorrangig dazu erstellt werden, um die Interessen ihrer Finanziere und Mitglieder durchzusetzen. Doch obgleich oft die mangelhafte Qualität und Zweckorientierung der Arbeit von Think Tanks bekannt ist, werden sie in den

92 [www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,157979,00.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,157979,00.html)

# Nachrichtendienste

Medien meistens als unabhängige Institutionen vorgestellt. Den Rezipienten werden dadurch wichtige Informationen zu deren ideologischem Hintergrund und finanziellen Abhängigkeiten vorenthalten.

## 4.3 Nachrichtendienste

***Nachrichtendienstliche Arbeit ist das Wissen und das Vorwissen über die Welt, die uns umgibt.*** CIA-Handbuch

***Nachrichtendienstliche Arbeit ist die Fortsetzung des Krieges durch die geheime Einmischung einer Macht in die Angelegenheiten einer anderen.***

James Der Derian, Autor von „Antidiplomacy“

Ob in persönlichen Konflikten, in wirtschaftlichen Konkurrenzverhältnissen oder im Krieg – etwas früher als der Gegner (bzw. etwas über ihn) zu wissen verschafft Vorteile. Die systematische Sammlung und Analyse von Informationen macht den Kern der nachrichtendienstlichen Arbeit aus. Während im Kalten Krieg hauptsächlich staatlich kontrollierte Geheimdienste mit dieser Aufgabe betraut waren, liegen die Dinge heute komplizierter. Der Zusammenbruch des bipolaren Systems hat Unordnung in die Welt der Nachrichtendienste gebracht. Herkömmliche Kategorien wie „militärisch“, „wirtschaftlich“ oder „privat“ sind nicht mehr so genau definierbar. Das geheime Sammeln und Aufbewahren von Informationen gehört in einer wachsenden Zahl von Bereichen zum Alltag, während sich die Tätigkeit der professionellen Informationsjäger und Sammler rasch wandelt.

### Geschichte

Nachrichtendienstliche Aktivitäten gibt es bereits seit der Antike, auch wenn bis zur Entstehung stehender Heere schlicht von „Spionage“ die Rede war. Die erste dokumentierte Auseinandersetzung mit dem Thema ist in Sun Tzus ca. 400 v. Chr. in China verfassten Schrift „Die Kunst des Krieges“ enthalten. Elisabeth I. von England verfügte über einen Nachrichtendienst, der von Sir Francis Walsingham geleitet wurde und im wesentlichen aus einem Netzwerk von Spionen bestand, das dieser während seines Exils auf dem europäischen Kontinent aufgebaut hatte. Diese Spione infiltrierten europäische Königshäuser sowie zahlreiche Finanzinstitutionen. Der erste Nachrichtendienst mit rein militärischen Zielsetzungen wurde während der Napoleonischen Kriege in Frankreich ins Leben gerufen. Eine Schlüsselfigur dabei war der Priester und Lehrer Joseph Fouché, der sich am Sturz Robespierres beteiligte und daraufhin von Napoleon zum allseits gefürchteten Polizeiminister ernannt wurde. Zur selben Zeit wurde in Großbritannien der Geheimdienst Peninsular Corps of Guides gegründet, der als Abwehrdienst gegen Napoleon fungierte.

Im Zuge der Entstehung des britischen Empires kam es zu einem entsprechenden Ausbau nachrichtendienstlicher Einrichtungen und privater Nachrichtenagenturen, deren Aufgabe vor allem im Aufdecken antibritischer Aktivitäten bestand. So gründete bereits in den frühen 1870er Jahren Reuters gemeinsam mit Havas und Wolff einen weltweiten Nachrichtenservice, der vor allem wirtschaftliche und finanzielle, aber auch allgemeine Informationen lieferte. Aufgrund des großen Informationsaufkommens und der weltweiten Ausdehnung des Empires war Großbritannien dann auch in den nachrichtendienstlichen Aktivitäten des frühen 20. Jahrhunderts und im Entwickeln entsprechender Technologien federführend. 1909 bzw. 1912 wurden die Vorläuferorganisationen von MI-5 (Security Service) und MI-6 (Secret Intelligence Service) gegründet. „MI“ steht dabei für Military Intelligence, militärischer Nachrichtendienst.

1908 wurde in den USA das Bureau of Investigation gegründet, die Vorgängerorganisation des FBI (Federal Bureau of Investigation), die mit Spionageabwehr sowie nachrichtendienstlichen Tätigkeiten innerhalb der USA betraut ist. Die 1947 gegründete CIA (Central Intelligence Agency) operiert dagegen nur außerhalb des US-Territoriums. In der Sowjetunion wurde 1951 der KGB (Komitee für Staatssicherheit) ins Leben gerufen, der das berühmte MGB (Ministerium für Staatssicherheit, 1946–1953) Stalins ablöste. Dieses wiederum war die Nachfolgeorganisation des NKWD, des „Volkskommissariats für Interne Angelegenheiten“ (1934–1946). Nach dem Ende der Sowjetunion wurde der KGB 1991 aufgelöst, seine Strukturen bestehen aber in den Geheimdiensten der Russischen Föderation fort.

### **Nachrichtendienstliche Netzwerke**

Generell sind Regierungen und Militärs bestrebt, einen Informationsvorteil zu haben, um Entwicklungen vorgreifen zu können und so die eigene Macht zu stärken oder militärische Vorteile zu erlangen. Nachrichtendienstliche Arbeit besteht daher vor allem im Sammeln, Verarbeiten, Interpretieren und Aufbewahren von Informationen, wobei dies grundsätzlich im Verborgenen geschieht. Nachrichtendienstliche Aktivitäten sind von ihrem Wesen her geheim; aus diesem Grund gestaltet sich auch ihre demokratische Kontrolle schwierig. Das Gerangel um die Besetzung des deutschen Bundestagsausschusses zur Kontrolle der Geheimdienste zeigt, wie sehr sich dieser Bereich nach wie vor der Kontrolle und Beeinflussung durch den Souverän entzieht.

Seit dem Ende des Kalten Krieges haben sich die globalen nachrichtendienstlichen Aktivitäten allerdings geändert. Nachrichtendienste bedienen heute nicht mehr nur Regierungen und militärische Einrichtungen, sondern auch Unternehmen. Generell ist die Informationsbeschaffung dabei in der Form von Netzwerken organisiert, in denen kleinere Einheiten Informationen besorgen und an größere Stellen zur Analyse und Verarbeitung weiterleiten, immer mehr auch über die Grenzen zwischen Staat, Wirtschaft und Kriminalität hinweg. Mit dem Schlagwort „Open Source Intelligence“ wird

# Nachrichtendienste

dabei die Informationsbeschaffung aus dem Privatsektor unter Einbeziehung öffentlich zugänglicher Quellen wie Zeitungen und Archive oder Experten bezeichnet.

Praktisch alle westlichen Staaten liefern heute Informationen an die US-Geheimdienste, die als zentraler Angelpunkt der Spionageaktivitäten gegen Länder dienen, die nicht zum Westen zählen. Seit den Ereignissen des 11. September 2001 existieren zudem Kooperationen zwischen den USA und Ländern, mit denen offiziell nie zusammengearbeitet wurde, etwa China. Die Federation of American Scientists listet Tausende von staatlichen Geheimdienst- und Spionageorganisationen, aber auch fast 400 nichtstaatliche Nachrichtendienste, von Abu Nidal bis zur Zimbabwe African National Union, auf ihrer Website ([www.fas.org/irp/world/index.html](http://www.fas.org/irp/world/index.html)) auf. Die Nachrichtendienstarbeit bildet einen Grundbestandteil der Arbeit von Regierungen; allerdings haben die Regierungen ihr Monopol in diesem Bereich längst verloren.

Die Informationen, die Regierungen und global agierende Großunternehmen für ihre Strategien benötigen, sind nicht mehr deutlich zu trennen. Nachrichtendienstliche Arbeit ist daher nicht mehr als ein Teil eines globalen Netzwerkes von Informationen, in dem die Grenzen zwischen Wahrheit und Lüge, zwischen Regierungen und Unternehmen, zwischen Topmanagern und Geheimdienstmitarbeitern ständig verschoben werden. Information wird, wie der Geheimdienstexperte Robert D. Steele in „Information peacekeeping: the purest form of war“ schreibt, zur „Munition“ im „kognitiven Schlachtfeld“.<sup>93</sup>

## Internationale Nachrichtendienste

### Deutschland

Der Bundesnachrichtendienst ([www.bundesnachrichtendienst.de](http://www.bundesnachrichtendienst.de)) ist offiziell der einzige Auslandsnachrichtendienst der Bundesrepublik Deutschland und damit zugleich für zivile und militärische Auslandsaufklärung zuständig. Er betreibt keine Aufklärung im Inland und hat außerdem keine polizeilichen Exekutivbefugnisse. Er kann jedoch Informationen über das Ausland auch im Inland sammeln. Nach eigener Aufgabendefinition beschafft er „geheimgehaltene Nachrichten“, untersteht direkt dem Bundeskanzleramt und wird durch ein parlamentarisches Gremium kontrolliert. Die gesammelten Informationen betreffen vor allem die Vorgänge in Krisenregionen und in Ländern, in denen die Bundeswehr zum Einsatz kommt. Weitere Beobachtungsbereiche sind illegaler Technologietransfer, internationaler Terrorismus, organisierte Kriminalität, Waffen-, Drogen und Menschenhandel und Schlepperbanden. Dafür arbeiten rund 6000 Personen im jährlichen Budgetrahmen von ca. 340 Mio. Euro.

<sup>93</sup> [www.fas.org/irp/eprint/cyberwar-chapter.htm](http://www.fas.org/irp/eprint/cyberwar-chapter.htm)

Mehr zu diesem Thema: [www.oss.net/Papers/training/](http://www.oss.net/Papers/training/)

Das Amt für Nachrichtenwesen der Bundeswehr<sup>94</sup> mit Hauptsitz in Gelsdorf beliefert die oberste Bundeswehrführung in Friedens-, Kriegs- und Krisenzeiten mit militärischen und militärpolitisch relevanten Informationen. Zentrale Aufgaben sind das Feststellen und Bewerten der Lage anderer Staaten wie auch der militärischen Sicherheitslage der Bundeswehr. Zu den spezifischen Aufgaben gehören Risikoprognosen und Konfliktanalysen, die technische Analyse und Auswertung ausländischer Waffensysteme und die Beratung bei Rüstungsvorhaben der Bundeswehr sowie die Rüstungskontrolle.

Der Militärische Abschirmdienst (MAD)<sup>95</sup> hingegen dient in erster Linie zur Bekämpfung von und Aufklärung über fremde nachrichtendienstliche Tätigkeiten in Deutschland. Er führt Sicherheitsüberprüfungen von Bundeswehrangehörigen durch und berät die Bundeswehr zum Thema Schutz geheimhaltungsbedürftiger Informationen. Die Kontrolle durch das Parlament erfolgt in erster Linie durch das bereits genannte parlamentarische Kontrollgremium, aber auch durch den Bundesbeauftragten für Datenschutz. Der Militärische Abschirmdienst hat um die 1.300 Bedienstete, der Zuschuss aus dem Bundeshaushalt im Jahr 2000 betrug ca. 62 Mio. Euro.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV; [www.verfassungsschutz.de](http://www.verfassungsschutz.de)) ist ein Inlandsnachrichtendienst. Seine Aufgabe ist das Sammeln und Auswerten von Informationen über extremistische und sicherheitsgefährdende Bestrebungen, der Geheimschutz und die Spionagebekämpfung. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat um die 2.000 Bedienstete, der Zuschuss aus dem Bundeshaushalt im Jahr 2000 betrug ca. 112 Mio. Euro.

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik ([www.bsi.de](http://www.bsi.de)) untersteht dem Innenministerium und wurde erst 1991 gegründet. Zu seinen Aufgaben gehören die Analyse von und Warnung vor Sicherheitsrisikos sowie die Entwicklung von Sicherheitsmaßnahmen vor allem für den Bereich der Informationstechnologien. Neben Viruswarnungen auf der offiziellen Homepage unterstützt dieses Amt, das nur im weitesten Sinne zu den Geheimdiensten zu rechnen und eher als Informationslieferant zu betrachten ist, die oben genannten Dienste bei der Entwicklung und Forschung auf dem Sektor Informationstechnologien und überprüft zugekaufte Hard- und Software auf Sicherheitslücken und Stabilität.

Anfang 2001 waren von Bund und Ländern gemeinsam im nachrichtendienstlichen Informationssystem (NADIS) 972.915 personenbezogene Eintragungen enthalten, davon 487.754 Eintragungen (50,1 %) aufgrund von Sicherheitsüberprüfungen.<sup>96</sup>

94 <http://www.bund.de/Wir-ueber-uns/Der-Bund-von-A-Z-4606.35075/Amt-fuer-Nachrichtenwesen-der-Bundeswehr.htm>

95 [http://www.bundeswehr.de/ie/forces/streitkraeftebasis/struk\\_skb\\_hg\\_mad.php](http://www.bundeswehr.de/ie/forces/streitkraeftebasis/struk_skb_hg_mad.php)

96 vgl. Verfassungsschutzbericht 2000, <http://people.freenet.de/akten/vsbericht2000.pdf>

# Nachrichtendienste

## Österreich

Im Jahre 1985 wurde der Heeresnachrichtendienst aufgrund der Lucona-Affäre, einem spektakulären und mörderischen Versicherungsbetrug, der von Teilen des österreichischen politischen und militärischen Establishments gedeckt wurde, abgeschafft. Nachrichtendienste sind das Heeresnachrichtenamt (zuständig für das Ausland) und das Heeresabwehramt (zuständig für das Inland). Diesen stehen vermutlich mehrere Dutzend Millionen Euro an Budget zur Verfügung, es existieren keine öffentlich zugänglichen Daten darüber, nicht einmal der Österreichische Rechnungshof hat vollständigen Einblick. Im Inland arbeitet noch die Österreichische Staatspolizei, die dem Schutz des Staates und seiner Verfassung dient und zu deren Aufgaben unter anderem zählen: Wahrnehmung staatsfeindlicher Vorgänge im Inland, sicherheitspolizeiliche Vorkehrungen bei Staatsbesuchen, Schutz der Vertretungsbehörden und Personenschutzmaßnahmen. Seit 1993 unterliegt die Tätigkeit der Staatspolizei der Kontrolle durch einen eigenen ständigen Unterausschuss des Parlaments.

Im Heeresnachrichtenamt sind rund 2000 Personen beschäftigt. Doch über seine Tätigkeit wird in der Öffentlichkeit nichts bekannt, es existieren nicht einmal Kontroll- und Eingriffsmechanismen für das Parlament. Nur im Rahmen des Kosovokonfliktes bedankte sich die US-Regierung einmal über die Washington Post für die gute Leistung der österreichischen Nachrichtendienste, welche sie über eine bevorstehende Aktion der Jugoslawischen Sonderpolizei unterrichtet hatten. Das Fernmelde-Aufklärungsbataillon als Teil des Heeresnachrichtenamtes betreut die bundesweite Fernmeldeaufklärung und unterhält zu diesem Zwecke einige Abhörstationen in Österreich.

Das Heeresabwehramt ist für die Inlandsaufklärung zuständig und unterstützt die Staatspolizei und andere Polizeieinrichtungen bei der Informationsbeschaffung. Zahlen zu Beschäftigung und Budget sind nicht bekannt, der Dienst gilt jedoch als der kleinste in Österreich. Im internationalen Vergleich spielen die Nachrichtendienste Österreichs jedoch nur eine kleine Rolle und fungieren im wesentlichen als „Zulieferer“ für größere Dienste befreundeter westlicher Staaten.

## USA

Die Central Intelligence Agency (CIA; [www.cia.gov](http://www.cia.gov)) wurde 1947 durch die Unterzeichnung des National Security Act vom damaligen US-Präsidenten Truman ins Leben gerufen. Dieser ermächtigte den DCI (Director of Central Intelligence), der erster Berater des Präsidenten in nachrichtendienstlichen Angelegenheiten und Fragen der nationalen Sicherheit ist, mit der Koordination der nationalen Geheimdienstaktivitäten. Gegliedert ist die CIA in vier große Abteilungen, die jeweils für genau spezifizierte Aufgabenbereiche zuständig sind. Neben dem für die Verwaltung zuständigen Directorate of Administration beschäftigt sich das DO (Directorate of Operations) mit der Sammlung von Informationen aus dem Ausland. Das DS&T (Directorate of Science and Tech-

nology) unterstützt die CIA und andere nachrichtendienstliche Organisationen in den USA beim Zusammentragen und der Verarbeitung und Auswertung von Informationen jeglicher Art. Das DI (Directorate of Intelligence) wiederum produziert eine Reihe nachrichtendienstlicher Endprodukte, die informelle mündliche Briefings ebenso beinhalten wie komplexe Langzeitstudien. Inhaltlich konzentriert sich die CIA auf Themen wie die Verhinderung der Verbreitung von Atomwaffen, Spionageabwehr und Waffenkontrolle sowie den Kampf gegen Terrorismus, internationale organisierte Kriminalität und Drogenschmuggel. Doch diese Definitionen sind dehnbar, und die CIA hat sich in den vergangenen Jahrzehnten den Ruf einer „schmutzigen“, auch jenseits des Gesetzes operierenden Einrichtung erworben: die CIA-Beteiligung an Aktionen wie der kubanischen „Schweinebuchtinvasion“ von 1961, die Fidel Castro zu Fall hätte bringen sollen, oder der von der CIA inszenierte Sturz des chilenischen Präsidenten Salvador Allende im Jahr 1973 sind legendär geworden. Zudem half sie jahrelang mit, den Schah im Iran an der Macht zu halten, um so zu verhindern, dass das Land in die Hände der Sowjetunion fiel. Bislang ungeklärt ist ihre Rolle im Kampf gegen die linksgerichtete Regierung Nicaraguas in den 1980er Jahren, wobei die CIA ihre Aktionen mit dem Verkauf von Kokain an Drogenhändler in Los Angeles finanziert haben soll.

Nach Angaben des Friedensforschers Johan Galtung, der die Aussagen von CIA-Dissidenten auswertete, sind zwischen 1947 und 1987 nicht weniger als 6 Millionen Menschen durch direkte oder indirekte Verantwortlichkeit der CIA ums Leben gekommen.<sup>97</sup>



Emblem des 17. Psychological Operations Battalion der US Army

© US Army

Die National Security Agency (NSA; [www.cia.gov](http://www.cia.gov)) ist innerhalb der US-amerikanischen Nachrichtendienste für sämtliche mit Kryptografie in Zusammenhang stehende Aufgaben zuständig. Sie ist eine Schöpfung des ehemaligen US-Präsidenten Truman und wurde aufgrund einer streng geheimen Weisung des Präsidenten im Oktober 1952 ins Leben gerufen. Ihre Hauptaufgaben sind die Ver- und Entschlüsselung von Codes und Chiffren sowie die Erforschung und Analyse fremder Sprachen. Hauptziel ist dabei der Schutz sicherheitspolitisch sensibler Informationen vor dem Zugriff durch ausländische Mächte. Generell sind die Aktivitäten der NSA auf nachrichtendienstliche Aufklärung im Ausland beschränkt und in die beiden großen Bereiche INFOSEC (Infor-

<sup>97</sup> [www.transcend.org/jg\\_united\\_states.htm](http://www.transcend.org/jg_united_states.htm)

# Nachrichtendienste

mation Systems Security) und SIGINT (Signals Intelligence) unterteilt. INFOSEC ist dafür zuständig, geheime und öffentliche nationale Sicherheitssysteme und Informationen von Regierung und Behörden vor Überwachung, Manipulation und unerlaubtem Zugriff zu schützen. SIGINT wiederum beschäftigt sich mit allen Tätigkeiten rund um die Sammlung und Verarbeitung von Informationen aus dem Ausland. Dies beinhaltet das Abfangen, die Bearbeitung, Analyse und Aufbereitung von Nachrichten und anderen Signalen. Die meisten NSA-Angestellten – Zivilisten und Militärangehörige – arbeiten im Hauptquartier in Fort George G. Meade. Der Rest ist auf andere Standorte in den USA und Übersee verteilt. Innerhalb des US-Bundesstaates Maryland ist die NSA mit ungefähr 20.000 Beschäftigten einer der größten Arbeitgeber, dessen Belegschaft sich unter anderem aus Ingenieuren, Physikern, Mathematikern, Linguisten und Computerwissenschaftlern rekrutiert. Die Kapazitäten der NSA zur Kommunikationsüberwachung sind heute größer als die jedes anderen Nachrichtendienstes. Während eines der ersten eingesetzten Programme – das 1945 gestartete SHAMROCK – nur den Telegrammverkehr in und von den Vereinigten Staaten mithörte, ist die NSA nun für die Koordination der internationalen Aktivitäten des globalen Überwachungssystems *ECHELON* zuständig.



Emblem des 8. Psychological Operations Battallion der US Army

© US Army

1908 wurde das Federal Bureau of Investigation (FBI; [www.fbi.gov](http://www.fbi.gov)) gegründet, das sich um nachrichtendienstliche Aktivitäten und Spionageabwehr im Inland kümmert. Dabei kommen die Anweisungen für die 56 Felddienststellen, die ungefähr 400 Satellitenbüros, die vier spezialisierten Feldanlagen und mehr als 40 im Ausland befindlichen Verbindungsbüros aus dem Hauptsitz in Washington DC. Das FBI beschäftigt ca. 11.400 Spezialagenten und über 16.400 andere Angestellte. Vom gesamten Personal sind an die 9.800 Personen im Hauptquartier und ungefähr 18.000 in Feldeinrichtungen tätig. Von allen Exekutivorganen in den Vereinigten Staaten besitzt das FBI die umfassendsten Ermittlungsvollmachten. Es setzt sich sowohl mit der Koordinierung von Untersuchungen in Bereichen wie organisierte Kriminalität, Drogenhandel und Geldwäsche auseinander als auch mit Verbrechen gegen US-Bürger im Ausland, dem Schutz ausländischer Funktionäre, der Aufklärung von Spionageaktivitäten anderer Nationen und der forensischen Analyse. Verstärkt wurden seit dem 11. September 2001 insbesondere die Anti-Terrorismus Aktivitäten des FBI. Eine der bekanntesten Aktio-

nen des FBI ist das 1971 ans Tageslicht gebrachte und in den 1960er Jahren gestartete Geheimprogramm COINTELPRO, das Oppositionelle und politische Aktivisten im Inland „neutralisieren“ sollte. Obwohl es nach seinem Bekanntwerden angeblich gestoppt wurde, kamen auch unter Nixon, Ford, Carter und Reagan ähnliche Programme unter anderen Namen zum Einsatz.

Seit dem 11. September 2001 ist die US-Regierung bestrebt, die Aktivitäten der einzelnen Nachrichtendienste straffer zu koordinieren. Neben dem im Oktober 2001 verabschiedeten Patriot Act, der die gesetzliche Grundlage für massiv verstärkte Überwachung schafft, ist das neu gegründete Office for Homeland Security ([www.whitehouse.gov/homeland/](http://www.whitehouse.gov/homeland/)) das zweite Instrument, auf das die USA in der Abwehr möglicher Terrorattacken setzen. Der entsprechende Vorschlag stammt aus einem Think-Tank namens Analytic Services Inc. ([www.anser.org/](http://www.anser.org/)). Das Budget für 2003 beläuft sich auf 37,7 Milliarden Dollar. Zur Homeland Security gehören folgende Organisationen:

- CIA (Nonproliferation Center, Counterterrorist Center)
- Defence Intelligence Agency
- NSA
- National Imagery and Mapping Agency
- NRO
- Army Intelligence
- Navy Intelligence
- Air Force Intelligence
- Marine Corps Intelligence
- Department of Treasury Office of Intelligence Support
- Department of Energy Office of Intelligence
- Department of State Bureau of Intelligence and Research

1919 wurde in den USA mit dem Committee on Public Information erstmals eine Struktur geschaffen, deren vorrangige Aufgabe die Konzipierung und Durchführung von „Informationskampagnen“ war. Diese Aktivitäten wurden 1949 in der United States Information Agency (USIA) (<http://dosfan.lib.uic.edu/usia/>) gebündelt, die seit 1999 einerseits unter dem Namen International Information Programs (IIP) teilweise ins Außenministerium eingegliedert ist und andererseits als International Broadcasting Bureau (IBB) eigenständig weitergeführt wird. Die vorrangige Aufgabe von IIP (<http://usinfo.state.gov>) und IBB ([www.ibb.gov](http://www.ibb.gov)) ist die Unterstützung der US-amerikanischen Außenpolitik durch die gezielte Platzierung von Informationen. Zu ihren Projekten gehört unter anderem die Voice of America (VOA), ein Rundfunksender, der über 1.000 Stunden Programm pro Woche in englischer und 52 anderen Sprachen an ein Publikum von 94 Millionen Hörern sendet, oder das Fulbright-Austauschprogramm. Bekannt wurde die Organisation, damals noch unter der Bezeichnung USIA,

# Nachrichtendienste

Ende der achtziger Jahre auch mit TV Marti, das von den USA aus täglich Programme nach Kuba ausstrahlte oder mit RIAS-TV, das noch zu Zeiten des Eisernen Vorhangs von Westberlin aus sendete und auch in der DDR empfangen werden konnte.

## Russland

Im Zuge der Reorganisation des Polizeiapparats entstand 1954 in der Sowjetunion auch der Geheimdienst KGB. Dieser war bis zu seiner Abschaffung am 24. Oktober 1991 durch den damaligen Präsidenten Gorbatschow mit sämtlichen sowjetischen Nachrichtendienstaktivitäten betraut. Zu seinen vier Hauptaufgabenbereichen zählten: der Kampf gegen ausländische Spione und Agenten, das Aufdecken und die Untersuchung von politischen und wirtschaftlichen Verbrechen, der Schutz von Staatsgeheimnissen und nationalen Grenzen. Nichtsdestotrotz hörte der KGB aber auch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion nicht auf zu existieren, denn die meisten seiner Tätigkeits- und Verantwortungsgebiete wurden von mehreren separaten Institutionen weitergeführt. Der Auslandsgeheimdienst Sluzhba Vneshney Razvedki (SVR) war das erste Element des KGB, das im Oktober 1991 eine eigenständige Identität aufbaute und den Großteil der geheimdienstlichen Aktivitäten im Ausland übernahm. Dazu arbeitet er mit einer Vielzahl von Nachrichtendiensten und Spionageabwehreinrichtungen ausländischer Staaten zusammen und versucht so, organisierte Kriminalität, illegalen Waffenhandel und Terrorismus einzudämmen. Die Federalnoie Agentstvo Pravitelstvennoy Svjazi Informatsii (*FAPSI*) wiederum, das russische Gegenstück zur US-amerikanischen NSA, wurde im Februar 1994 ins Leben gerufen. Ähnlich wie ihr US-Pendant ist die FAPSI für Kommunikationssicherheit und SIGINT-Aktivitäten (Sammlung und Verarbeitung von Informationen aus dem Ausland) zuständig. Die 20.000 Mitarbeiter des auch aus dem KGB hervorgegangenen Federalnaya Sluzhba Okhrany (*FSO*) schützen dagegen die Kommunikation auf höchster Regierungsebene, betreiben und sichern unterirdische Kommandozentralen und andere strategische Anlagen und halten das spezielle U-Bahn-System, das Schlüsseleinrichtungen der Regierung in Moskau verbindet, in Stand. Ein weiterer Nachfolger des KGB ist der Federalnaya Sluzhba Bezopasnosti (*FSB*), der an die 75.000 Personen beschäftigt. Diese sind vorrangig für Spionageabwehraktivitäten, die interne Sicherheit des russischen Staates und den Kampf gegen die organisierte Kriminalität zuständig. Des weiteren aus dem KGB entsprungen ist der PSB, der 1993 als unabhängige Regierungsbehörde zum Schutz hoher russischer Funktionäre und zur Bewachung des Kreml gegründet wurde. Für nachrichtendienstliche Aktivitäten aus dem Ausland ist unter anderem die GosTekhKomissiya zuständig, die zwar kein Nachrichtendienst im üblichen Sinn ist, aber als ständiges Gremium zum Schutz von Staatsgeheimnissen und amtlichen Informationen gegründet wurde und in diesem Bereich über 20 Jahre Erfahrung verfügt. Früher auch in den KGB eingegliedert war der Federalnaya Pogranitshnaia Sluzhba (*FPS*), der für die Überwachung der Landesgrenzen zuständig ist. Die Aktivitäten der russischen Nachrichtendienste werden direkt vom Präsidenten kontrolliert und zudem vom Nationalen Sicherheitsrat überwacht.

In seiner Geschichte ging der KGB immer wieder hart gegen politische Dissidenten vor und nahm auch eine aktive Rolle in der Zensur von Literatur und Medien ein. Im Ausland spielte der KGB häufig den Gegenpart zur CIA im Kampf um die Einflussphären, besonders in Afrika und Lateinamerika (Angola, Mozambique, Kuba).

### Budgets

Genaue Daten über die öffentlichen Ausgaben für nachrichtendienstliche Zwecke sind kaum zu bekommen, da sie in der Regel in den Budgets verschiedener Ministerien und Behörden verborgen sind und niemals gemeinsam aufscheinen.

Nach Schätzungen der Federation of American Scientists gaben die USA im Jahr 2000 etwa 30 Milliarden Dollar für nachrichtendienstliche Arbeit aus und beschäftigten damit an die 100.000 Personen. Dies entspricht etwa dem fünffachen Budget für Bildung und Erziehung. Die europäische EUROPOL verfügte 2002 über ein Budget von 51,66 Mio. Euro, das INTERPOL-Budget beläuft sich auf ca. 8 Milliarden Dollar.

### Nachrichtendienstliche Techniken

*Nachrichten sind das „Endprodukt“ der Sammlung, Bewertung, Analyse, Integration und Interpretation aller verfügbarer Informationen, die einen oder mehrere Aspekte von anderen Ländern oder Operationsfeldern betreffen und die unmittelbar oder potenziell für die Planungsverfahren von Bedeutung sind.*

Jeffrey T. Richelson

Die nachrichtendienstliche Arbeit vollzieht sich normalerweise auf mehreren Stufen, wovon die erste die Informationsgewinnung selbst ist. Das Sammeln von Informationen kann auf verschiedene Arten durchgeführt werden, etwa indem eine Zielperson durch Aufklärungssatelliten, verschiedene Abhörtechniken oder Überwachungstechnologien beschattet wird.

Die bedeutendste Phase der nachrichtendienstlichen Arbeit ist wahrscheinlich die Planungsphase. Diese wirkt sich auf die Bearbeitung der gesammelten Daten ebenso aus wie die Operationsplanung. In der Planungsphase werden auch Strategien für komplexe psychologische Operationen entworfen (*PSYOPS*).



Emblem des Psychological Operations Regiment der US Army

© US Army

# Nachrichtendienste

Letztlich unterliegen all diese Aktivitäten weitgehend standardisierten Verfahren, die vieles mit gewöhnlichen bürokratischen Abläufen gemeinsam haben. Besonders im Bereich der Datengewinnung, aber auch bei der Analyse wird immer mehr auf technische Überwachungsstrukturen gesetzt, die dafür sorgen, dass sich die Daten gewissermaßen von selbst im Hintergrund der globalen Kommunikationsprozesse generieren.



Diagramm zur Informationsdominanz (US Army)  
© US Army

## Wirtschaftsspionage

***Ja, liebe Freunde, wir haben euch ausgehorcht, weil ihr mit Bestechung arbeitet. Die Produkte eurer Unternehmen sind oft teurer oder technologisch weniger ausgereift als die eurer amerikanischen Konkurrenten, daher bestecht ihr so oft.***

James Woolsey, ehemaliger CIA-Direktor, zur US-Wirtschaftsspionage und Echelon, in *Die Zeit* 14/2000

Großflächige Wirtschaftsspionage wird immer häufiger von staatlichen Nachrichtendiensten durchgeführt.

- 1997 wurden in Südkorea Angebote für eine Hochgeschwindigkeits-Bahnlinie eingeholt. Die französische DGSE (Direction Générale de la Sécurité Extérieure) hörte die Verkaufsverhandlungen zwischen dem deutschen Unternehmen Siemens und Südkorea ab und gab die Informationen an den französischen Produzenten des TGV weiter, der eine günstigere Offerte vorlegte und den Zuschlag bekam.
- Das globale Überwachungssystem Echelon (siehe unten) wurde von den USA 1994 dazu eingesetzt, die Verkaufsverhandlungen zwischen dem europäischen Flugzeughersteller Airbus und Saudi-Arabien abzuhören. Der Auftrag ging schließlich an das US-Unternehmen Boeing. Die USA rechtfertigten die Spionage mit unfairen Handelspraktiken (Schmiergeldzahlungen) der europäischen Firmen.<sup>98</sup>

98 *Die Zeit*, Nr. 14, 2000, Dossier.

Auch im Zuge so genannter Sicherheitsprüfungen von Personen, die etwa bei der Besetzung von Top-Positionen in der Wirtschaft durchgeführt werden, bieten die staatlichen Nachrichtendienste ihre Leistungen an. Familienverhältnisse, Auslandskontakte, Vermögens- und Einkommensverhältnisse, selbst nicht-gesellschaftsfähige Vorlieben können auf diese Weise im Vorfeld geklärt werden. In Österreich etwa gilt für Sicherheitsprüfungen folgende Preisliste:<sup>99</sup>

Zugang zu vertraulicher Information	€ 249,-
Zugang zu geheimer Information	€ 468,-
Zugang zu streng geheimer Information	€ 746,-

### **Wirtschafts-Nachrichtendienste**

In einer globalisierten Wirtschaft wird das Verlangen nach Informationen seitens der Konzernzentralen immer größer, um die Risiken im Streben nach Gewinn kontrollieren und einschätzen zu können. Kein Vorstand eines global operierenden Unternehmens lässt sich gerne von Ereignissen wie politischen Umstürzen, Zahlungsschwierigkeiten von Regierungen, Generalstreiks oder gar Verstaatlichungen oder Enteignungen überraschen. Auch wissen multinationale Unternehmen gerne als erste, ob, wann und unter welchen Bedingungen Privatisierungen bevorstehen. Sie haben gerne als erste den Fuß in der Tür, wenn die Weltbank oder der Internationale Währungsfonds einem verschuldeten Land „Strukturanpassungen“ verschreiben.

Firmen wie der Economist Intelligence Unit ([www.eiu.com](http://www.eiu.com)) beschäftigen daher ein globales Netzwerk von Agenten, die derartige Informationen beschaffen. Es überrascht nicht, dass die meisten Firmen der „Forbes 500“, der jährlichen Auflistung der mächtigsten Unternehmen der Welt in der Zeitschrift Forbes ([www.forbes.com](http://www.forbes.com)), zu den Kunden des EIU zählen. Information verleiht einen Konkurrenzvorteil und ermöglicht mehr Gewinn, vor allem aber: sie erlaubt jene Risikoprüfungen, die für global operierende Großunternehmen unverzichtbar sind. Ob eine bestimmte Kapitalbewegung sich lohnt oder nicht, hängt mitunter von sehr vielen verschiedenen Faktoren ab, die entsprechend analysiert werden und als Entscheidungsgrundlage für Investitionen dienen. Als Kriterien gelten dabei

- Sicherheit
- politische Stabilität
- Effizienz der Regierung
- Gesetzgebung und Regulierung
- Makroökonomische Indikatoren
- Zahlungsmoral
- Finanzpolitik
- Steuerpolitik

<sup>99</sup> Presseaussendung des Grünen Parlamentsklubs, Wien, 11.4.2000

# Nachrichtendienste

- Arbeitsmarktdaten
- Zukunftsaussichten
- Hintergrunddaten

Unkalkulierbare, gleichwohl zentral wichtige Aufgabengebiete wie Kultur, Bildung und Gesundheit haben bei solchen Entscheidungen über Investitionen keine Bedeutung. Relevant sind derartige Dinge nur dann, wenn sie sich direkt oder indirekt auf die politische Stabilität auswirken könnten. Es ist daher wohl kein Zufall, dass Sicherheit an erster Stelle der Risiko-Kriterienliste steht: sie verhindert, dass Ausbeutung und Elend sich in unberechenbaren Umsturz- oder Widerstandsbewegungen artikulieren und die politischen Verhältnisse gefährden können. Anders gesagt: Solange die Sicherheitsapparate der einzelnen Länder eventuelle Unruheherde erfolgreich kontrollieren und aufkommende Proteste im Keim ersticken, ist die sachlich-nüchterne Welt der Top-Manager und der globalen Finanzmärkte in Ordnung.

## Risikobewertungen ausgewählter Länder

Land	Risikoeffizient (100 = höchstes Risiko)
Iran	71
Nigeria	68
Kenia	67
Argentinien	66
Ekuador	64
China	50
Tschechische Republik	32
Deutschland	17
USA	14
Singapur	11

Tabelle 12

Quelle: Economist Intelligence Unit, Stand 05/02

Wenn nun Sicherheit, Information und Kapitalbewegungen auf diese Weise miteinander verknüpft sind, dann liegt es natürlich nahe, daraus ein- und dasselbe Geschäft zu machen. Ein solches one-stop-Geschäft ist die britische Jane's Information Group. Bei [www.janes.com](http://www.janes.com) loggen sich die Risikoanalysten der Finanzwelt ebenso ein wie Wafenhändler und Geheimdienstagenten. Hier finden sie die neuesten Entwicklungen in der Militär- und Sicherheitstechnologie, aber auch Analysen der sicherheitspolitischen Krisenzonen weltweit. Die Firma, die vor etwa hundert Jahren von Fred T. Jan, einem Science-Fiction-Autor und besessenen Sammler von Daten über Kriegsschiffe und Flugzeuge, gegründet wurde, entstand als kriegstechnischer Informationsdienst. Heute

gilt Jane's als Dreh- und Angelpunkt für Insider-Informationen im globalen Sicherheitsgeschäft, in dem Politik und Technik nach denselben Regeln funktionieren und Veränderungen nur in Form einer Effizienzsteigerung der Sicherheitsapparate und als Gewinnsteigerung von Großunternehmen denkbar sind.

Jane's gibt eine Anzahl von Fachzeitschriften wie „Jane's Defence Weekly“ oder „Jane's Intelligence Weekly“ und laufend Spezialpublikationen zu Sicherheitsthemen vom „Chemo-Bio-Handbook“ bis zum „Unconventional Weapons Response Handbook“ heraus, sowie zahlreiche Länderberichte und Sicherheitsanalysen. Vor allem aber bietet Jane's Dutzende brisanter Datenbanken an, etwa über World Insurgency and Terrorism, über strategische Waffensysteme oder nicht-tödliche Waffen. Premium-Produkt ist der personalisierte Nachrichtendienst Inner Circle, der in der Online-Version um US\$ 6.795 Subskriptionsgebühr pro Jahr zu haben ist. Die Informationen, die von Jane's angeboten werden, sind teuer. Aber zu den Kunden zählen ja nicht idealistische Kulturvereine und Bürgerrechtsgruppen, sondern die Verwalter des globalen Status quo.



Aus der Selbstdarstellung der  
Jane's Information Group  
© Jane's Information Group

Wie sich an diesen Beispielen zeigt, konvergiert der politische und ökonomische Wert von Information zusehends; dementsprechend wird die Nachrichtendienstbranche immer bunter und vielfältiger. Wirtschaftliche Informationsbeschaffung und Geheimdienstarbeit sind an denselben Daten interessiert. Dazu der deutsche Geheimdienstexperte Hans-Georg Wolf: „Abhören ist nicht nur eine Vorliebe der Firmen mit den drei oder vier großen Buchstaben, die ganze Entwicklung hat sich vielmehr weiter verselbständigt.“<sup>100</sup> Die Binsenweisheit „Information ist alles“ ist längst zum Schlachtruf des globalen Kapitalismus geworden. Daher wird Information beschafft, ob auf offene legale Weise oder eben verdeckt. Dass oft ein direkter Weg von der Vorstandsetage zu den zwielichtigen Quellen der Informationsbeschaffung führt, darüber wird nicht gern gesprochen.

Während Geheimdienste Auftragsarbeiten für Unternehmen durchführen, arbeiten andererseits Hunderte von Firmen, Forschungseinrichtungen, Radio- und TV-Stationen

100 [www.heise.de/ct/99/04/182/](http://www.heise.de/ct/99/04/182/)

# Nachrichtendienste

nen, Universitäten und Religionsgemeinschaften mit den verschiedenen Nachrichtendiensten zusammen. Die riesige Menge und der Wert der Informationen, die sich in privaten Unternehmen ansammeln, sind von wachsender Bedeutung für Geheimdienste; dementsprechend groß ist das Verlangen, uneingeschränkter Zugriff auf diese Daten zu haben. So schreibt der Geheimdienstexperte Robert Steele: „Der strategische Kontext des privaten Unternehmens ist ein grundlegender Ausgangspunkt für die Neuerfindung der Nachrichtendienste. Es gibt keinen vielversprechenderen Aspekt unserer Arbeit als den, welchen der private Sektor bietet.“<sup>101</sup>

Was dies allerdings in Hinblick auf Datenschutz bedeutet, kann man sich leicht ausmalen. Hier wird der gesamte Informationsdurchfluss der privaten Wirtschaft zum Rohmaterial für die Aktivitäten der Geheimdienste deklariert.

Freilich wird hier nur ein Trend, der eng mit dem Aufkommen moderner Informations- und Kommunikationstechnologien verbunden ist, genutzt: Nämlich die Auflösung der realen Grenzen zwischen Regierungen und großen Wirtschaftsunternehmen. Nicht umsonst sind es große Datenfirmen wie EDS (Electronic Data Systems, [www.eds.com](http://www.eds.com)), die einerseits schon seit langem engen Kontakt zu Geheimdiensten pflegen, und andererseits das Aufgehen der Politik im Markt – den citizen as consumer – als erklärtes Geschäftsziel verfolgen.

## Geheimdienste und Kultur

Das Beschaffen von Information ist nur die eine Seite des geheimdienstlichen Vorgehens; die andere ist Verbreitung von Desinformation. Spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg sind Geheimdienste auch damit beschäftigt, die öffentliche Meinung zu beeinflussen; besonders wichtig und wirkungsvoll ist hierbei die Unterwanderung des Kulturbetriebs.

Ein Wegbereiter der Infiltration von Kultur durch Geheimdienste war die amerikanische CIA, deren Aktivitäten in den Jahrzehnten des Kalten Krieges von Frances Stonor Saunders (1999) ausführlich dokumentiert wurden. Der Congress of Cultural Freedom, der vom CIA-Agenten Michael Josselson geleitet wurde, hatte die Aufgabe, ein kulturelles Klima zu schaffen, das gegen „linkes“ Gedankengut immun sein und in dem niemand auf die Idee kommen sollte, die politischen Interessen der USA ernsthaft in Frage zu stellen. Um dies zu erreichen galt es, nicht nur die „Traumfabrik“ Hollywood sowie die großen Medien ideologisch auf Kurs zu halten, sondern auch liberale Strömungen an den Universitäten zeitig zu sabotieren. Dass dies wenigstens zum Teil gelungen sein dürfte, ist daran zu erkennen, dass bis heute noch die Meinung vorhanden ist (Saunders 1999: 3), die CIA hätte letztendlich innerhalb der USA ein liberales kulturelles Klima gefördert, während sie außerhalb in abenteuerliche Staatsstreiche, Attentate und zahlreiche andere verbrecherische Aktivitäten involviert war. Über verschiedene Tarn-

101 [www.oss.net/Papers/training/](http://www.oss.net/Papers/training/)

organisationen und Strohmann betrieb die CIA Verlage, veranstaltete Konferenzen, bezahlte Journalisten und besetzte Lehrstühle an Universitäten.

Die kulturelle Einflussnahme der großen Nachrichtendienste hat mit dem Ende des Kalten Krieges an Bedeutung gewonnen: die Auflösung der bipolaren Welt führte zu einer Rechtfertigungskrise der eigenen Existenz, die in einer Neuorientierung in Richtung Beeinflussung des öffentlichen Diskurses mündete. Chris Hables Gray hat die Haltung, die der Westen nach den Anschlägen des 11. September eingenommen hat, als „zweiten Kalten Krieg“ bezeichnet<sup>102</sup>, in dem sich die Strategien der Nachrichtendienste wieder an jenen der fünfziger und sechziger Jahre orientieren – allerdings unter gänzlich neuen technologischen Voraussetzungen. Internet und Satelliten-TV ermöglichen hohe Geschwindigkeiten und Reichweiten, die Allgegenwart von Werbung lässt die Sensibilität für die Unterschiede zwischen Propaganda, Unterhaltung und Information sinken. Oft reicht es aus, einem Ereignis oder einer Person einen bestimmten Spin zu geben, also eine bestimmte Wahrnehmung herbeizuführen, um die gewünschte Wirkung zu erzielen.

### **Anti-Terrorismus**

Präsentiert werden diese Aktivitäten unter dem Stichwort Counterterrorism, Terrorismusabwehr. Terrorismus wurde von Nachrichtendiensten in den Mittelpunkt der Planungen und Aktivitäten gerückt, obwohl sie trotz Milliardenbudgets und Arbeit abseits demokratischer Legitimationsmechanismen den Anschlag des 11. September nicht abgewendet haben. Umso mehr wird nun auf die Überwachung der Kommunikation gesetzt. Entsprechend der klassischen Zweiteilung zwischen „uns“ und „denen“ während des Kalten Krieges dominiert jetzt eine totalisierende Terminologie, die sich auf die „gesamte Zivilisation“ bezieht und damit jenen Ausschlussmechanismus stärkt, mit dem sich fundamentalistische Gewaltakte legitimieren.

Daher gestaltet sich die nachrichtendienstliche Aktivität heute anders. Sie überschreitet zunehmend die Grenzen zwischen öffentlich und privat, zwischen Staat, Wirtschaft und organisiertem Verbrechen. Eine Situation, die für die Nachrichtendienste durchaus eine Herausforderung ist, aber auch Möglichkeiten des Wachstums und des Machtzuwachses bietet: auf den Vorwurf, versagt zu haben, wird mit der Forderung nach neuer Technik und mit neuen Organisationskonzepten geantwortet. Und während das öffentliche Vertrauen in die Geheimdienste mit dem 11. September 2001 wohl eher geschwunden ist, scheinen die Regierungen im Zuge der neuen Priorität der Terrorabwehr ihnen freigiebig neue Rechte zuzugestehen und die bestehenden Institutionen mit einem großzügig bemessenen rechtsfreien Raum auszustatten.

Daher gilt wohl heute mehr denn je die Warnung, die Günter Heinrich Berg im 18. Jahrhundert in seinem „Handbuch des Teutschen Policeyrechts“ formulierte: „Die Sicherheitspolizei darf ihre Gewalt nie dazu missbrauchen, selbst die Sicherheit der Bürger zu

102 [www.heise.de/tp/english/inhalt/co/9826/1.html](http://www.heise.de/tp/english/inhalt/co/9826/1.html)

# Zusammenfassung

stören. Jede strenge und genaue Aufsicht der Polickey darf unter dem Vorwande der Sorge für Ruhe und Sicherheit nie in eine misstrauische Staatsinquisition ausarten, die in das Innere der Familien eindringt, jede gesellschaftliche Freude verbittert, Verdacht unter Freunden und Verwandten ausstreut, schändliche Heuchelei erzeugt, und überall um sich her sklavische Furcht verbreitet“ (Berg 1802: 1 f.).

## Zusammenfassung

Die globale Brainware bezieht sich auf die Meta-Ebene der Information. Information schwebt nicht im luftleeren Raum, sie knüpft an eine Vielzahl von ungenannten Meta-Aspekten an, die ausschlaggebend dafür sind, worüber überhaupt informiert werden kann, welche Informationen die Schlagzeilen der großen Medien erreichen und welche unterbleiben. Aufgrund von Meta-Information wird ein Bild einer Welt erzeugt, dessen Übereinstimmung mit den tatsächlichen Gegebenheiten nicht oder kaum überprüfbar ist, weil die Beschaffung unabhängiger Informationen, die für die Überprüfung notwendig sind, mit sehr großem Aufwand verbunden ist. Von den Einrichtungen, die die Meta-Ebene der Information gezielt gestalten und beeinflussen, wurden hier die professionellen Denkfabriken und die Nachrichtendienste als besonders engagierte, dabei jedoch stets im Hintergrund verbleibende Akteure herausgegriffen. Beide verfügen über umfangreiche Ressourcen, die ihnen die gezielte Umwandlung von spezifischen Werten weltanschaulicher Natur in eine allgemein verbindliche und sich auf alle auswirkende „Wirklichkeit“ ermöglicht. Besonders im Bereich der „Denkfabriken“ sind die Finanzierungskanäle so beschaffen, dass die spezifischen strategischen Interessen von Großunternehmen Auswahl und Inhalt der erarbeiteten und verbreiteten Informationen maßgeblich bestimmen. Dabei werden Entscheidungsträger in Regierung und Parlament anvisiert, aber auch Studenten und Universitätslehrer, von denen man sich die langfristige Vertiefung und Absicherung der entsprechenden Weltanschauungen erhofft. Nachrichtendienste sind dagegen insofern von großer Bedeutung, als sie Informationen von schwer zugänglichen Quellen beschaffen; weil dies aber zum Teil unter Geheimhaltung geschieht, können Informationen der Nachrichtendienste nur schwer überprüft werden, weshalb z. B. Regierungspolitik dort, wo sie auf nachrichtendienstlichen Informationen beruht, nur schwer zu kritisieren ist. Das Beispiel der „Kulturpolitik“ der CIA im Kalten Krieg illustriert, wie Nachrichtendienste auch direkt und gezielt auf Wertbildungen Einfluss nehmen – eine Aktivität, die im „zweiten Kalten Krieg“ nach dem 11. September 2001 von erneuter Bedeutung sein dürfte. Ebenso haben in der Vergangenheit immer wieder einzelne Personen mit bestimmten Ideen den Meta-Diskurs langfristig beeinflusst. Dies lässt sich anhand der „Meinungsmanager“ zeigen, die jene Ideen hervorbrachten, die bis heute im Hintergrund von global relevanten Wahrnehmungen und Entscheidungen fortwirken.